(3) Die Deutsche Post kann an andere Vorleger eines Postsparbuches, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, täglich bis zu 100 M auszahlen. In diesem Fall sind außer dem Postsparbuch die zugehörige Ausweiskarte und der Personalausweis des Abhebenden vorzulegen.

(4) Nach dem Ableben eines Sparers kann die Deutsche Post zur Begleichung von Bestattungskosten und anderen mit dem Tod des Sparers unmittelbar zusammenhängenden Aufwendungen an Dritte Beträge auszahlen, die nicht der Begrenzung gemäß Abs. 3 unterliegen. Dazu sind das Postsparbuch, die Ausweiskarte — soweit vorhanden —, der Personalausweis des Abhebenden und die Sterbeurkunde sowie Unterlagen über die Aufwendungen vorzulegen.

(5) Steht einem Postamt das zur Auszahlung erforderliche Bargeld nicht zur Verfügung, wird ausgezahlt, sobald das Bargeld beschafft ist, jedoch spätestens am folgenden Arbeitstag.

(6) Ein- und Rückzahlungen sollen auf volle Mark lauten oder zum Ausgleich von Pfennigbeträgen dienen.

§ 6

Eintragungen im Postsparbuch

(1) Ein- und Rückzahlungen werden durch die Postämter, Poststellen oder Geld- und Kreditinstitute im Postsparbuch eingetragen und mit Unterschrift und Abdruck ihres Stempels bescheinigt. Diese Bescheinigung gilt als Quittung für die jeweiligen Ein- und Rückzahlungen.

(2) Die Richtigkeit der Eintragungen im Postsparbuch ist sofort zu prüfen. Einwände gegen fehlerhafte Eintragungen sind unverzüglich geltend zu machen.

§ 7

Änderungen zum Sparkontovertrag

(1) Bei Namens- und Anschriftsänderungen eines Sparers ist das Postsparbuch und der Personalausweis des Sparers und — soweit erforderlich — des gesetzlichen Vertreters bei einem Postamt zur Änderung der Eintragungen im Postsparbuch und zur Information des Postsparkassenamtes vorzulegen.

(2) Sparkontoverträge können durch Eintritt eines zweiten Sparers in den Vertrag oder, bei gemeinschaftlichen Konten, durch Ausscheiden eines Sparers aus dem Vertrag geändert werden. Derartige Änderungen sind durch die Unterschrift beider Sparer zu bestätigen.

§ 8

Übertragung und Pfändung von Spareinlagen

(1) Die Rechte aus einer Spareinlage können durch den Sparer auf einen anderen Sparer übertragen werden. Dazu ist das Postsparbuch zusammen mit einer beglaubigten schriftlichen Abtretungserklärung dem Postsparkassenamt zu übersenden. Das Postsparbuch wird durch das Postsparkassenamt auf den Namen des neuen Berechtigten umgeschrieben und ihm übersandt.

(2) Der Anspruch des Sparers auf Rückzahlung der Spareinlage kann nach den in den Rechtsvorschriften bestimmten Fällen gepfändet werden. Zur Ausführung der Pfändung ist das Postsparbuch einzuziehen und mit den entsprechenden Unterlagen dem Postsparkassenamt zu übersenden.

(3) Die Verpfändung von Spareinlagen durch die Sparer ist nicht zulässig.

(4) An Sparguthaben von unrechtmäßig erlangten Postsparbüchern kann kein Eigentum erworben werden.

§ 9

Beendigung des Sparkontovertrages

(1) Der Sparkontovertrag kann durch den Sparer oder durch den gesetzlichen Vertreter unter Vorlage des Postsparbuches, der Ausweiskarte — soweit vorhanden — und des Personalausweises bei einem Postamt gekündigt werden. In diesem Fall wird die im Postsparbuch eingetragene Spareinlage sofort ausgezahlt.

(2) Nach dem Tod des Sparers kann die Auflösung des Postsparkontos durch Erben oder durch sonstige Dritte, die durch Rechtsvorschriften dazu berechtigt sind, bei einem Postamt beantragt werden. Dazu sind das Postsparbuch, die Ausweiskarte — soweit vorhanden — und eine Ausfertigung des Erbscheines vorzulegen. Der Antragsteller hat sich auszuweisen.

(3) Beruht die Erbfolge auf einem notariellen Testament, genügt es, wenn anstelle des Erbscheines das Testament und die beglaubigte Abschrift des Protokolls über die Eröffnung des Testaments vorgelegt werden. Kann die Erbfolge durch dieses Testament nicht als nachgewiesen angesehen werden, ist die Vorlage eines Erbscheines notwendig.

(4) Die Auflösung der Konten erfolgt durch das Postsparkassenamt. Sofern die Spareinlagen nicht gemäß Abs. 1 ausgezahlt wurden, werden diese sowie die noch nicht im Postsparbuch eingetragenen Zinsen durch das Postsparkassenamt den Berechtigten überwiesen.

§ 10

Zinsenanweisungen

(1) Die Zinsen werden mit Ablauf des Kalenderjahres dem Postsparkonto gutgeschrieben und mit den Spareinlagen verzinst. Der Sparer wird über die Zinsgutschrift durch die Übersendung einer Zinsenanweisung informiert, wenn der Zinsbetrag mindestens 20 M beträgt. Der Versand der Zinsenanweisungen erfolgt im ersten Quartal des folgenden Kalenderjahres.

(2) Der Sparer kann unabhängig von den Festlegungen im Abs. 1 formlos schriftlich beim Postsparkassenamt die Erteilung einer Zinsenanweisung beantragen.

(3) Die Zinsenanweisung ist innerhalb der angegebenen Gültigkeit zusammen mit dem Postsparbuch mit gleichlautender Kontonummer bei einem Postamt oder einer Poststelle zum Einträgen des Betrages vorzulegen.

§ 11

Sonstige Bestimmungen

(1) Beim Verdacht unberechtigter Abhebungen oder bei festgestellten Differenzen in den Eintragungen im Postsparbuch kann das Postamt, die Poststelle oder das Geld- und Kreditinstitut bis zur Klärung des Sachverhaltes Rückzahlungen verweigern und das Postsparbuch einbehalten. Über das Postsparbuch und die eingetragene Spareinlage wird eine Empfangsbestätigung ausgestellt.

(2) Bei festgestellten Differenzen zwischen den Eintragungen im Postsparbuch und den Kontounterlagen sind die Sparer auf Aufforderung des Postsparkassenamtes verpflichtet, Postsparbücher zur Kontrolle und gegebenenfalls zur Berichtigung gemäß § 12 bei einem Postamt vorzulegen oder gegen Aushändigung einer Empfangsbestätigung abzugeben.

(3) Im Falle des Verlustes oder der Vernichtung des Postsparbuches oder der Ausweiskarte ist der Sparer verpflichtet, das Postsparkassenamt unverzüglich zu informieren. Derartige Verlustmeldungen nehmen alle Postämter entgegen. Auf Antrag des Sparers stellt das Postsparkassenamt ein neues Postsparbuch mit Ausweiskarte oder eine neue Ausweiskarte aus.

§ 12

Berichtigungsbuchungen

Das Postsparkassenamt ist ohne Auftrag des Sparers berechtigt und verpflichtet, Veränderungen der Eintragung über die Spareinlage im Postsparbuch vorzunehmen, wenn es sich um

- eine irrtümlich vorgenommene oder sachlich unrichtige Eintragung im Postsparbuch,
- die Ausführung von Vollstreckungsmaßnahmen oder
- die Aufrechnung rechtlich zulässiger Gegenforderungen des Postsparkassenamtes

handelt.